

N i e d e r s c h r i f t

über die 17. Sitzung des Kreistages
am Montag, den 07.03.2022 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 17:25 Uhr
Ort: Sport- und Festhalle Neustadt/Orla, Friedhofstr. 1, 07806
Neustadt an der Orla

Anwesenheit:

Anwesend:

Landrat
Fügmann, Thomas

Fraktion der CDU
Bias, Marko
Chudasch, Jonas
Franke, Thomas
Gersdorf, Katrin
Hanna, Allam, Dr. med.
Herrgott, Christian
Modde, Michael
Neumüller, Alex
Orosz, Peter (ab 14:45 Uhr)
Sachse, Carsten
Smailes, Sandra
Völm, Arnfried, Dr.
Weidermann, Thomas, Dr. med.
Weiße, Ralf
Zapf, Marcel

Fraktion der AfD
Bergner, Heiko
Bohnhardt, Marc
Brandenstein, Wolfram von
Rham, Matthias
Winkler, Stephan

Fraktion der UBV
Fiedler, Marcus
Grau, André
Kleindienst, Wolfgang
Meyer, Christian
Querengässer, Gerd
Weigelt, Thomas

Fraktion Die LINKE

Lukas, Almut
Möller, Klaus
Rebelein, Dieter, Dr.
Wetzel, Roland

Fraktion der SPD

Feike, Anette
Kanis, Regine
Kleebusch, Enrico, Dr.
Roßner, Marc

Fraktion der FDP

Ortwig, Volker
Scherf-Michel, Sandra (ab 15:00 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Richter, Steve

Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Danzer-Nitsch, Inge
Eismann, Beate
Frotscher, Dagmar
Hebenstreit, Alexander
Heynisch, Jens, Dr.
Jahn, André
Kanz, Anke
Karnitzschky, Christian
Käßner, Mandy
Keller, Nils
Krasser, Ines
Lautenschläger, Yvonne
Meixner, Anna-Maria
Pieter-Junge, Madlen
Rauner, Marcel
Schröder, Amrei, Dr.
Spitzweg, Anja, Dr.
Unger, Philipp
Weiß, Sandra

Entschuldigt:

Fraktion der AfD

Bentz, Manfred (krank)
Fischer, Jörg (krank)
Rheber, Reinhard (krank)
Thrum, Uwe (krank)

Fraktion der UBV

Weidermann, Frank (krank)

Fraktion Die LINKE

Kalich, Ralf (krank)
Weithase, Helga (pers. Gründe)

Fraktion der FDP
Seidel, Marco (krank)
Bündnis 90/Die Grünen
Geiler, Janina (dienstl. Gründe)

Schriftführerin: Kerstin Täumel

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages am 24.01.2022 (öffentlicher Teil)
2. Haushaltsplan des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2022
 - 2.1. Zweite Lesung des Haushaltsplanes des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2022
 - 2.2. Beratung und Abstimmung über die Änderungsanträge aus den Fraktionen zum Haushaltsplan 2022
 - 2.3. Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: KT/082/2022
 - 2.4. Beschlussfassung über den Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Jahre 2021 bis 2025
Vorlage: KT/083/2022
3. Aufhebung der Staatlichen Grundschule Tanna und Erweiterung der Staatlichen Gemeinschaftsschule Tanna
Vorlage: KT/079/2022
4. Aufhebung und Neufassung der Satzung des Jugendparlamentes des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/080/2022
5. Anträge
 - 5.1. Antrag Informationen der Komsolar Stiftung
Vorlage: AN/078/2022
 - 5.2. Antrag auf Auflösung der AWZ Schleiz GmbH
Vorlage: AN/079/2022
6. Informationen/Sonstiges
7. Anfragen

Zu Beginn der Kreistagssitzung erfolgen durch den Landrat kurze Ausführungen zu den Geschehnissen in der Ukraine. Der von der russischen Regierung angezettelte Angriffskrieg wird in seinen Worten aufs Schärfste verurteilt.

Der Kreistag und alle Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute für die Menschen in der Ukraine von ihren Plätzen.

Der Landrat eröffnet die 17. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Vor Sitzungsbeginn wurde an die Kreistagsmitglieder ein Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion bzgl. „Ermessensspielraum Impfpflicht für Beschäftigte im medizinischen Bereich nach § 20a des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten“ verteilt. Herr von Brandenstein begründet den Antrag der AfD-Fraktion und bittet darum, den Punkt 2 des Beschlusstextes – der sich darauf bezieht, Ordnungswidrigkeitsverfahren nach § 29 Abs. 2 IfSG auf ein Mindestmaß zu reduzieren - zu streichen.

Die Dringlichkeit wird damit begründet, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Beschäftigte in Kliniken, Pflegeheimen, Arztpraxen usw. ab 15.03.2022 gilt und eine Verschärfung der angespannten Personalsituation im Gesundheits- und Sozialbereich droht und die Versorgung von Patienten und zu pflegenden Personen gefährdet sein kann.

Landrat Fügmann führt Gegenrede zur Dringlichkeit des o.g. Antrages. Das Gesetz ist seit 10.12.2021 in Kraft und es wäre somit ausreichend Zeit für eine Behandlung der Problematik gewesen. Außerdem sieht er die Zuständigkeit des Kreistages in dieser Angelegenheit nicht gegeben, da die Verwaltung hier klassisch im übertragenen Wirkungskreis tätig wird.

Herr von Brandenstein verweist nachdrücklich auf den Beschluss des Verwaltungsgerichtes Gera vom 18.06.2020, in dem ausdrücklich festgestellt wird, dass der Landrat die Anträge auf die Tagesordnung zu setzen hat, wenn die formellen Voraussetzungen erfüllt sind und ihm kein Recht auf materielle Vorprüfung zusteht. Somit sollte zumindest eine Behandlung des Antrages erfolgen.

Es erfolgt die Abstimmung über die Dringlichkeit des o.g. Antrages der AfD-Fraktion. Die **Dringlichkeit** wird mit

11 Ja-Stimmen,
22 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen

nicht festgestellt.

Herr Kleindienst beantragt im Namen der UBV-Fraktion die Aufnahme folgender Anträge in die Tagesordnung unter TOP 5:

1. „Bevorstehenden Kollaps des Gesundheitswesens im Saale-Orla-Kreis abwenden“
2. „Antrag auf Auskunft über die Zuweisungen finanzieller Mittel für die Ortsteile des SOK“

Nach Meinung der UBV-Fraktion wurden die beiden Anträge für die heutige Kreistagssitzung form- und fristgerecht eingereicht. Der Kreisausschuss hat auf Antrag des Landrates zum Antrag 1 und auf Antrag von Herrn Dr. Hanna zum Antrag 2 mehrheitlich entschieden, diese Anträge nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Gegen diese Entscheidung führte die UBV-Fraktion Rechts- und Dienstaufsichtsbeschwerde beim LVA. Herr Kleindienst verliest die Antwort des Thür. Landesverwaltungsamtes vom 03.03.2022. Daraus geht hervor, dass der Landrat verpflichtet ist, Anträge in die Tagesordnung aufzunehmen, wenn sie form- und fristgerecht eingegangen sind. Es wird darin weiter ausgeführt, dass o.g. Anträge nicht formgerecht eingereicht wurden und somit nicht in die Tagesordnung aufzunehmen waren. Die Kritik, dass die beiden Anträge nicht formgerecht eingereicht wurden, ist aus Sicht der UBV-Fraktion nicht nachvollziehbar, da zwei weitere Anträge der Fraktion, die genauso eingereicht wurden, in die Tagesordnung aufgenommen worden sind. Eine Nachfrage beim LVA über die Gründe der fehlenden Formgerechtigkeit blieb bis heute unbeantwortet. Die Abstimmung über die Nichtaufnahme der Anträge in die Tagesordnung durch den Kreisausschuss ist nach der Interpretation des Schreibens des LVA durch Herrn Kleindienst rechtswidrig gewesen.

Der Landrat fragt nach, ob das ein Dringlichkeitsantrag ist.
Herr Kleindienst antwortet, dass es keine Dringlichkeitsanträge sind, sondern Anträge zur Tagesordnung gemäß dem Antwortschreiben des Thür. Landesverwaltungsamtes, dass die Anträge auf die Tagesordnung gehören.

Dieser Meinung widerspricht der Landrat und betont, dass er eine Zustimmung zum Verfahren durch das LVA, so wie eben durch Herrn Kleindienst vorgetragen, erhalten habe. Die Handlung des Landrates war korrekt, so dass die Anträge heute bestenfalls als Dringlichkeitsanträge gestellt werden können.

Der Landrat fragt Herrn Kleindienst, ob er das als Dringlichkeitsantrag stellen möchte. Diese Frage wird durch Herrn Kleindienst verneint.

Die vorliegende Tagesordnung wird **mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen** festgestellt.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages am 24.01.2022 (öffentlicher Teil)

Herr Dr. Rebelein fragt nach, ob es ein Zwischenergebnis zum Sachverhalt „Sporthalle Tanna“ gibt.

Der Landrat antwortet, dass es diesbezüglich keinen neuen Sachstand gibt.

Der Kreistag fasst mit

**35 Ja-Stimmen und
1 Stimmenthaltung**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages am 24.01.2022 (öffentlicher Teil).“

198-17/2022

Zu TOP 2 Haushaltsplan des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2022

Zu TOP 2.1 Zweite Lesung des Haushaltsplanes des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2022

Die Tagesordnungspunkte 2.1 bis 2.4 werden im Komplex behandelt.

In seinen einleitenden Ausführungen wird durch den Landrat betont, dass die nunmehr vorliegende Höhe der Kreisumlage in Höhe von 45,99 % die absolute Schmerzgrenze für den Landkreis darstellt. Es steht bereits heute fest, dass von Anfang an mit Haushaltssperren zu arbeiten ist, um die Aufgabenerfüllung über das gesamte Haushaltsjahr gewährleisten zu können. Aufgrund der steigenden Preise in vielen Bereichen (Energie, Diesel usw.) sind in vielen Positionen bereits höhere Ausgaben zu befürchten, als derzeit geplant. Er wirbt für den Haushalt und bittet um die Zustimmung des Kreistages.

Durch Herrn Unger erfolgen Erläuterungen zu den Änderungen im Haushalt von der Einbringung bis zum heutigen Tag. Dazu liegen allen Kreistagsmitgliedern Übersichten mit den jeweiligen HH-Positionen vor.

Zur Diskussion sprechen Herr Dr. Rebelein, Herr Dr. Hanna, Herr Möller, Herr von Brandenstein, Herr Herrgott, Herr Kleindienst, Herr Weigelt und Landrat Fügmann. Zustimmende Äußerungen zum vorliegenden HH-Plan werden durch Herrn Dr. Rebelein, Herrn Dr. Hanna, Herrn Herrgott und Herrn Möller vorgenommen. Herr Möller äußert Kritik daran, dass nach der Empfehlung im Jugendhilfeausschuss nochmals Kürzungen bzw. Umschichtungen im sozialen Bereich vorgenommen wurden.

Durch Herrn von Brandenstein und Herrn Kleindienst werden die eingereichten Änderungsanträge ihrer Fraktionen, die allen Kreistagsmitgliedern vorliegen, begründet. Herr Kleindienst kritisiert u.a., dass keine Prioritätenliste für Schulen und kein aktueller Schulnetzplan vorliegen.

Herr Weigelt vertritt den Standpunkt, dass die Abschaffung der Kreisumlage in Thüringen weiter schnellstmöglich vorangetrieben werden sollte.

Während der HH-Diskussion treffen um 14:45 Uhr Herr Orosz und um 15:00 Uhr Frau Scherf-Michel zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Der Landrat geht in seinen Ausführungen auf die in der Diskussion gegebenen Hinweise sowie die vorliegenden Änderungsanträge ein.

Zum Antrag der AfD-Fraktion bzgl. der Schaffung einer weiteren Stelle in der Fahrerlaubnisbehörde bittet er darum, es so zu belassen, wie der Stellenplan die Besetzung vorsieht. Derzeit sind dort ausreichend Stellen vorhanden und auch besetzt. Engpässe entstanden durch längere Ausfallzeiten von Mitarbeitern. Gegenwärtig läuft die Arbeit dort kontinuierlich.

Der Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Streichung von 20 unbesetzten Stellen im Stellenplan ist so pauschal nicht umsetzbar. Aus dem HH-Ansatz wurden bei den Personalkosten bereits 1,5 Mio. € gekürzt.

Hinsichtlich des beantragten Wegfalls des Selbstkostenanteils in der Schülerbeförderung hält der Landrat 15 €/Monat für Gymnasiasten für angemessen. Die fehlenden Einnahmen müssten in anderen HH-Positionen eingespart werden.

Zum Antrag der UBV-Fraktion zur Kürzung der HH-Stelle Mieten und Pachten beim Berufsbildungszentrum SOK betont der Landrat, dass das AWZ zu 100 % die Einrichtung des Landkreises ist und deshalb alle Einnahmen und Ausgaben für den Landkreis haushaltsrelevant sind. Die GmbH hat an Wertigkeit gewonnen auf Grund der Zuständigkeit für die Medienstelle und der Projektmitwirkung im Rahmen des Digitalpakts Schulen.

Es folgt die Abstimmung über die Änderungsanträge aus den Fraktionen.

Zu TOP 2.2 Beratung und Abstimmung über die Änderungsanträge aus den Fraktionen zum Haushaltsplan 2022

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion bzgl. **Streichung von 20 Planstellen im Stellenplan** ... wird mit

**5 Ja-Stimmen bei
27 Gegenstimmen**

abgelehnt.

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion, die **Einnahmen aus Selbstkostenanteilen bei Schülerbeförderungskosten** des Landkreises in der HH-Satzung für das Haushaltsjahr 2022 **auf 0,00 €** festzusetzen bzw. die Zuschüsse an den ÖPNV unter der HH-Stelle 79200.71300 im EP 7 des Verwaltungshaushaltes um die wegfallenden Einnahmen aus Selbstkostenanteilen an Schülerbeförderungskosten zu erhöhen ..., wird mit

**10 Ja-Stimmen bei
24 Gegenstimmen**

abgelehnt.

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion bzgl. **Schaffung einer Stelle ... in der Fahrerlaubnisbehörde** wird mit

**8 Ja-Stimmen,
26 Gegenstimmen und
1 Stimmenthaltung**

abgelehnt.

Der Änderungsantrag der UBV-Fraktion, die **HH-Stelle 1.2400053000 Mieten und Pachten beim Berufsbildungszentrum SOK um 51.500 € ... zu kürzen**, wird mit

**10 Ja-Stimmen bei
26 Gegenstimmen**

abgelehnt.

**Zu TOP 2.3 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: KT/082/2022**

Der Kreistag fasst mit

**18 Ja-Stimmen,
17 Gegenstimmen und
3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Haushaltssatzung des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2022 in der als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten Fassung.

Danach beträgt das Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt: 112.293.650 €
und im Vermögenshaushalt: 29.553.400 €.

Nr. 1 In den Haushaltsplanentwurf 2022, einschließlich seiner Anlagen, sind die Änderungen lt. Anlage 2 der BVL KT/082/2022 - Veränderungsnachweis Verwaltungshaushalt und Anlage 3 der BVL KT/082/2022 - Veränderungsnachweis Vermögenshaushalt einzuarbeiten.

Nr. 2 In den Stellenplan 2022 sind die Änderungen laut Anlage 4 der BVL KT/082/2022 einzuarbeiten.

Nr. 3 Der Vorbericht, die Bestandteile und Anlagen sind entsprechend anzupassen.“

199-17/2022

**Zu TOP 2.4 Beschlussfassung über den Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Jahre 2021 bis 2025
Vorlage: KT/083/2022**

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
4 Gegenstimmen und
6 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt den Finanzplan des Saale-Orla-Kreises mit Investitionsprogramm für die Jahre 2021-2025 gemäß der als Anlage 1 der Beschlussvorlage KT/083/2022 beigefügten Fassung.“

200-17/2022

**Zu TOP 3 Aufhebung der Staatlichen Grundschule Tanna und Erweiterung der Staatlichen Gemeinschaftsschule Tanna
Vorlage: KT/079/2022**

Der Fachdienstleiter Schulverwaltung, Herr Jahn, erläutert den Sachverhalt der Beschlussvorlage.

Frau Kanis informiert, dass der Bildungsausschuss eine einstimmige Empfehlung abgegeben hat. Der Beschlussvorschlag steht nicht im Widerspruch zum Entwurf des überarbeiteten Schulnetzplanes.

Herr Dr. Rebelein gibt die Anregung, die Schüler im Rahmen eines polytechnischen Unterrichts auf ihr Berufsleben vorzubereiten.

Dem Schulleiter der Schule, Herrn Busch, wird mehrheitlich das Rederecht erteilt.

Herr Busch informiert den Kreistag über das Schulkonzept und versichert, dass gerade die Vorbereitung der Schüler auf Ausbildung und Beruf ein Grundgedanke des Konzeptes ist.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Aufhebung der Staatlichen Grundschule Tanna und die Erweiterung der Staatlichen Gemeinschaftsschule Tanna um die Klassenstufen eins bis vier (Primarstufe).“

201-17/2022

Pause: 15:53 Uhr bis 16:05 Uhr

**Zu TOP 4 Aufhebung und Neufassung der Satzung des Jugendparlamentes des
Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/080/2022**

Die Fachbereichsleiterin des Fachbereiches 3, Frau Lautenschläger, informiert, dass das Thür. Landesverwaltungsamt Nachbesserungsbedarf in Formulierungen der §§ 3 und 8 der Satzung gesehen hat. Außerdem erscheint die Mitgliederzahl von 180 zu hoch. Es wurden entsprechende Änderungen in der Satzung vorgenommen.

Zur Diskussion sprechen Herr Kleindienst, Herr Möller und Herr Bohnhardt.
Herr Kleindienst stellt die Frage, auf welcher Grundlage das Jugendparlament bereits einen Vorstand gewählt hat?

Frau Lautenschläger führt aus, dass es der Vorstand der Gründungsinitiative ist und kein Vorstand gemäß dieser Satzung.

Herr Möller macht darauf aufmerksam, dass der Beschluss der Satzung des Jugendparlamentes zur Folge hat, dass auch die Hauptsatzung des SOK und die Geschäftsordnung des Kreistages angepasst werden müssen.

Im Namen der AfD-Fraktion äußert Herr Bohnhardt, dass seine Fraktion der Meinung ist, dass diese Satzung zu weit gehe. Außerdem wird die Altersgrenze mit 27 als zu hoch angesetzt gesehen, die AfD-Fraktion würde die Grenze bei 18 Jahren fixieren.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
7 Gegenstimmen und
1 Stimmenthaltung**

folgenden Beschluss:

- „1. Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. 181-15/2021 vom 20.12.2021.
2. Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Satzung des Jugendparlamentes des Saale-Orla-Kreises in der als Anlage 2 der Niederschrift beigefügten Fassung.“

202-17/2022

Zu TOP 5 Anträge

**Zu TOP 5.1 Antrag Informationen der Komsolar Stiftung
Vorlage: AN/078/2022**

Herr Kleindienst bringt den Antrag der UBV-Fraktion ein und begründet ihn.
Zur Diskussion sprechen Frau Lukas, Herr Dr. Völlm, Herr Dr. Hanna, Herr Richter, Herr Weigelt und Herr Kleindienst.

Herr Dr. Hanna stellt den **Änderungsantrag**, den **Punkt 2 des Beschlussvorschlages zu streichen**, da er der Meinung ist, dass mit dieser Formulierung eine verbindliche Beschlussfassung vorgeschrieben ist.

Auf Grund der in der Diskussion gegebenen Hinweise und der durch Frau Lukas vorgeschlagenen Vorgehensweise der Behandlung der Thematik im Wirtschaftsausschuss, ändert Herr Kleindienst den Beschlussvorschlag seiner Fraktion wie folgt:
In Punkt 1 soll es heißen anstatt „nächsten Sitzung“ „**übernächsten Sitzung**“ und im Punkt 2 wird in Satz 1 hinter dem Wort „ist“ eingefügt „**durch den Ausschuss in Form einer Empfehlung...**“

Der o.g. **Änderungsantrag** von Herrn Dr. Hanna wird mit
12 Ja-Stimmen bei
16 Gegenstimmen
abgelehnt.

Der Kreistag fasst mit
26 Ja-Stimmen,
1 Gegenstimme und
9 Stimmenthaltungen

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt:

1. In der übernächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Regionalentwicklung ist der folgende Tagesordnungspunkt zu behandeln:
„Informationen der Komsolar Stiftung zur praktischen Umsetzung der Installation von Solaranlagen auf Dachanlagen und Flächen der landkreiseigenen Immobilien und Grundstücke durch Herrn Ingolf Klett von der KomSolar Service GmbH.“
Die Ausschussvorsitzende wird beauftragt, den Vertreter der Komsolar Stiftung, Herrn Ingolf Klett dazu einzuladen.
2. Das Ergebnis der Informationen der Komsolar Stiftung ist durch den Ausschuss in Form einer Empfehlung dem Kreistag in der darauffolgenden Kreistagssitzung vorzustellen. Der Landrat wird beauftragt, zu dieser Kreistagssitzung mit einem gesonderten Tagesordnungspunkt einen Beschlussvorschlag für die weitere Verfahrensweise zu erstellen.“

203-17/2022

Zu TOP 5.2 Antrag auf Auflösung der AWZ Schleiz GmbH **Vorlage: AN/079/2022**

Herr Kleindienst begründet den Antrag der UBV-Fraktion mit dringend notwendigen Sparmaßnahmen aufgrund der Finanzsituation des Landkreises. Seine Fraktion vertritt die Meinung, dass derartige freiwillige und hoch bezuschusste Aktivitäten nicht länger finanziert werden dürfen. Zudem würde diese GmbH nicht den Vorgaben der §§ 71 und 73 der ThürKO entsprechen.

Zur Diskussion sprechen Herr Landrat Fügmann und Herr Wetzel. Beide führen Gegenrede zu dem Antrag der UBV-Fraktion.

Der Landrat erläutert, dass das Geschäftsmodell der AWZ GmbH aus 3 Säulen besteht:
1. Das Gebäude zu erhalten und zu reinigen; 2. Die Berufsschule lastet zu 40 % das Gebäude aus. Die GmbH kümmert sich um weitere Bildungsträger als Nutzer und 3. Betreuung der Medienstelle und Digitaltechnik der Schulen.

Zum wiederholten Male warnt der Landrat vor einer Liquidierung der GmbH, da diese an Bedeutung enorm gewonnen hat, allein durch die Projektpatenschaft im Rahmen der Digitalisierung der Schulen. Sollte diese GmbH aufgelöst werden, müssten z.B. die Aufgaben in Verantwortung des Landkreises gebracht und die Mitarbeiter in den Stellenplan übernommen werden.

Herr Wetzel unterstützt und ergänzt die Ausführungen des Landrates in gleicher Weise.

Einem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Völm auf „Ende der Diskussion“ wird mehrheitlich entsprochen.

Der Antrag der UBV-Fraktion wird mit

**9 Ja-Stimmen bei
26 Gegenstimmen**

abgelehnt und der Kreistag fasst somit folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt den Antrag der UBV-Fraktion AN/079/2022 bzgl. Auflösung der AWZ Schleiz GmbH ab.“

204-17/2022

Zu TOP 6 Informationen/Sonstiges

Durch den Landrat werden nachfolgende Informationen gegeben:

▪ Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine

Der Landrat führt aus, dass der Landkreis vor einer riesigen Aufgabe steht. Es werden Flüchtlinge in Größenordnungen aufgenommen werden müssen. Derzeit gibt es lediglich ca. 100 Flüchtlinge über Privatinitiativen angekommen.

Es ist eine Pflichtaufgabe des Landkreises und wir sind gefordert, nach dem Königsteiner Schlüssel aufzunehmen. Es ist bereits abzusehen, dass der Fachdienst personalseitig aufgestockt werden muss, um die Aufgaben zu bewältigen.

Aktuell steht für die Unterbringung die GU in Schleiz in der Greizer Str. mit 82 Plätzen zur Verfügung. Angebote gibt es auch von den großen Wohlfahrtsverbänden und Privatpersonen. Der Landkreis ist außerdem darauf vorbereitet, größere Möglichkeiten der Unterbringung in Turnhallen zu organisieren.

Er bittet, Solidarität im Kreistag zu üben und die Bürgermeister um ihre volle Unterstützung.

▪ Aktueller Sachstand Corona

Die Inzidenz ist in den letzten Tagen auch im SOK wieder enorm angestiegen und liegt heute bei 1214, Tendenz steigend, so dass es wieder Rückstände in der Eingabe der Fälle gibt. Eine Kontaktnachverfolgung ist kaum mehr zu leisten.

▪ **Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht**

Der Landrat informiert, dass Thüringen eine entsprechende Richtlinie herausgegeben hat, die in der kommenden Woche ausführlich im Gesundheitsausschuss des Thür. Landkreistages erörtert wird. Ebenso wird auch im gleichen Gremium des Deutschen Landkreistages über dieses Thema gesprochen, der seine Tagung im April in Wurzbach durchführt.

Der Landrat führt aus, dass am 16.03. zunächst nichts passieren wird. Jeder, der hier Katastrophen heraufbeschwört, bringt Unruhe in die Angelegenheit und wird die Betroffenen lediglich weiter verunsichern.

Die Zeitschiene, die Bestandteil der Thüringer Verordnung ist, sieht folgende Schritte vor: Bis zum 15.03. haben die Einrichtungen uns die betroffenen Personen zu nennen, was computergestützt erfolgen soll; bis heute haben wir aber noch nicht das entsprechende Computerprogramm. Es ist eine Priorisierung der Eingänge vorzunehmen. Danach sollen die Personen angeschrieben werden mit der Bitte, sich zum Sachverhalt zu äußern. Danach sind Einzelanhörungen vorgesehen.

Die aufgezeigten Arbeitsschritte zeigen schon, welche Arbeit auf das Gesundheitsamt zukommt.

Wenn es im Ergebnis der Anhörung zu keiner Einigung kommt, ist man bestrebt, ab Juni/Juli mit Bußgelderlassen zu arbeiten und frühestens im August könnte man dann ein Betretungsverbot aussprechen. Dabei hat der Landkreis aber immer zu berücksichtigen: ist die Einrichtung dadurch im Betrieb gefährdet, wenn wir ein Betretungsverbot aussprechen? Bei dieser Prüfung werden wir sehr verantwortungsbewusst vorgehen, damit es im Saale-Orla-Kreis zu keinem Versagen der Gesundheits-Pflegesysteme kommt.

▪ Das aktuelle **Zahlenmaterial des Jobcenters** wurde vor Sitzungsbeginn an die Fraktionen verteilt.

▪ Vor Sitzungsbeginn wurde an die Fraktionen der „**Prüfbericht des Thüringer Rechnungshofes bzgl. der vergleichenden Prüfung der Jugendfreizeiteinrichtungen (Jugendhäuser) in Thüringen**“ zur Kenntnisnahme übergeben.

- Der Landrat stellt Frau Lautenschläger als neue Fachbereichsleiterin des Fachbereiches 3 Soziales, Jugend und Gesundheit vor.

Zu TOP 7 Anfragen

Herr Richter äußert sich zu den Informationen zur Flüchtlingsaufnahme aus der Ukraine und stellt folgende Fragen:

Wann wird in etwa die Möglichkeit gesehen, dass die Verteilung der Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel läuft? Gibt es da Gespräche zwischen Bund, Land und Kommune?

Weiter bezieht sich Herr Richter auf die guten Erfahrungen mit einer dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen und fragt an, ob es Gespräche mit Wohnungsgesellschaften gibt und ob diese darauf vorbereitet sind?

Ist der Status der Flüchtlinge geklärt? Fallen sie unter das Asylbewerberleistungsgesetz oder gelten sie bereits als anerkannte Flüchtlinge und müssen zum Jobcenter? Wo müssen sich diese Menschen melden und wer begleitet sie dahin? Gibt es bereits Planungen über die Etablierung eines Runden Tisches, wie es ihn 2015 gegeben hat? Wer ist der Leiter der Stabsstelle Asyl? Ist diese Stabsstelle nach wie vor noch besetzt, auch hauptamtlich? Gibt es bereits Kontakte bzgl. einer psycho-sozialen Betreuung? Sind Ausländerbehörde und Jobcenter darauf vorbereitet, was auf sie zukommt?

Der Landrat führt aus, dass ihm bekannt ist, dass schon Flüchtlinge auf Grund von Privatinitiativen im Saale-Orla-Kreis weilen. Der Landkreis ist aber verpflichtet, Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel aufzunehmen. Das Prinzip der dezentralen Unterbringung ist nach wie vor das Vorzugsprinzip. Wir wollen versuchen, die Menschen schnell nach der zentralen Aufnahme auf Wohnungen zu verteilen. Nach jetzigem Kenntnisstand soll der Status ALG II sein, dann ist das Jobcenter entsprechend gefordert. Der Landrat äußert seine Besorgnis darüber, ob dieser enorme Ansturm durch das Jobcenter bewältigt werden kann. Die heutige Videokonferenz wird dazu hoffentlich mehr Klarheit bringen.

Selbstverständlich ist die Planung für die Etablierung eines Runden Tisches, da die Aufgabe nur zu bewältigen ist, wenn die breite Bevölkerung einbezogen wird.

Bereits vor 1 Woche wurde der Krisenstab im Landratsamt gebildet, der sich dieser Aufgabe bereits angenommen hat.

Die Stabsstelle Asyl gibt es in der Form nicht mehr. Daraus wurde ein Fachdienst gebildet mit Frau Pieter-Junge als Fachdienstleiterin. Alle Informationen werden dort gebündelt.

Eine weitere Sorge, bei deren Lösung die Kommunen sehr eingebunden werden müssen, ist, wie bekommen wir die Integration in den Kindergärten und Schulen hin.

Es gibt zurzeit viele Fragen, zu denen kurzfristig Antworten zu finden sind. An der Lösung wird intensiv gearbeitet.

Herr Herrgott entschuldigt sich um 17:10 Uhr für die restliche Dauer der Sitzung.

Herr Meyer bezieht sich auf die Informationen des Landrates bzgl. Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Seine Fraktion war bestrebt, den diesbezüglichen Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen, weil durch den Landrat in der Presse dargestellt wurde, dass das Amt bei der Umsetzung keinerlei Spielraum habe und das Gesetz umsetzen werde. Der Antrag wurde auf Bitten zahlreicher Betroffener eingebracht, damit der Landrat seinen Spielraum nutzt.

Er schildert, was auf die Betroffenen und die Einrichtungen zukommt und vertritt trotz der Darlegungen des Landrates die Meinung, dass das Gesundheitssystem im Herbst zum Kollabieren kommt. Er richtet die Bitte an den Landrat, seine Möglichkeiten zu nutzen, dass das nicht dazu kommt.

Der Landrat betont, dass er sich dazu klar geäußert habe und alle Möglichkeiten der Gesetzlichkeiten ausnutzen werde. Er habe einen Amtseid auf die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland abgelegt und diese werde er auch einhalten. Dass es dabei Spielraum gibt, habe er deutlich aufgezeigt und diesen werde das Amt komplett ausnutzen.

Herr Kleindienst bittet um Beantwortung folgender Fragen: „Erklären sie mir bitte, wenn eine Fraktion einen Antrag stellt, was formgerecht ist. Es wurden von der UBV-Fraktion 4 Anträge gestellt, alle in der gleichen Form, 2 sind auf die Tagesordnung genommen worden und 2 nicht.“

Erklären Sie mir bitte jetzt, was ist formgerecht? Warum sind die 2 Anträge nicht mit auf die Tagesordnung gekommen?“

Der Landrat führt aus, dass er diese Anfrage schriftlich beantworten wird.

Eine weitere Frage von Herrn Kleindienst lautet: Welche Wartezeiten gibt es derzeit bei der Beantragung eines Führerscheins?

Der Landrat führt aus, dass es derzeit überschaubare Wartezeiten gibt, je nachdem wie viele Besucher zeitgleich die Behörde aufsuchen.

Herr Kleindienst hinterfragt, ob die 6monatige Verlängerung der Frist zum Antragstellen ausreichen wird.

Der Landrat betont, dass er davon ausgeht.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 17. Sitzung des Kreistages um 17:15 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Fügmann
Landrat

Kerstin Täumel
Schriftführerin